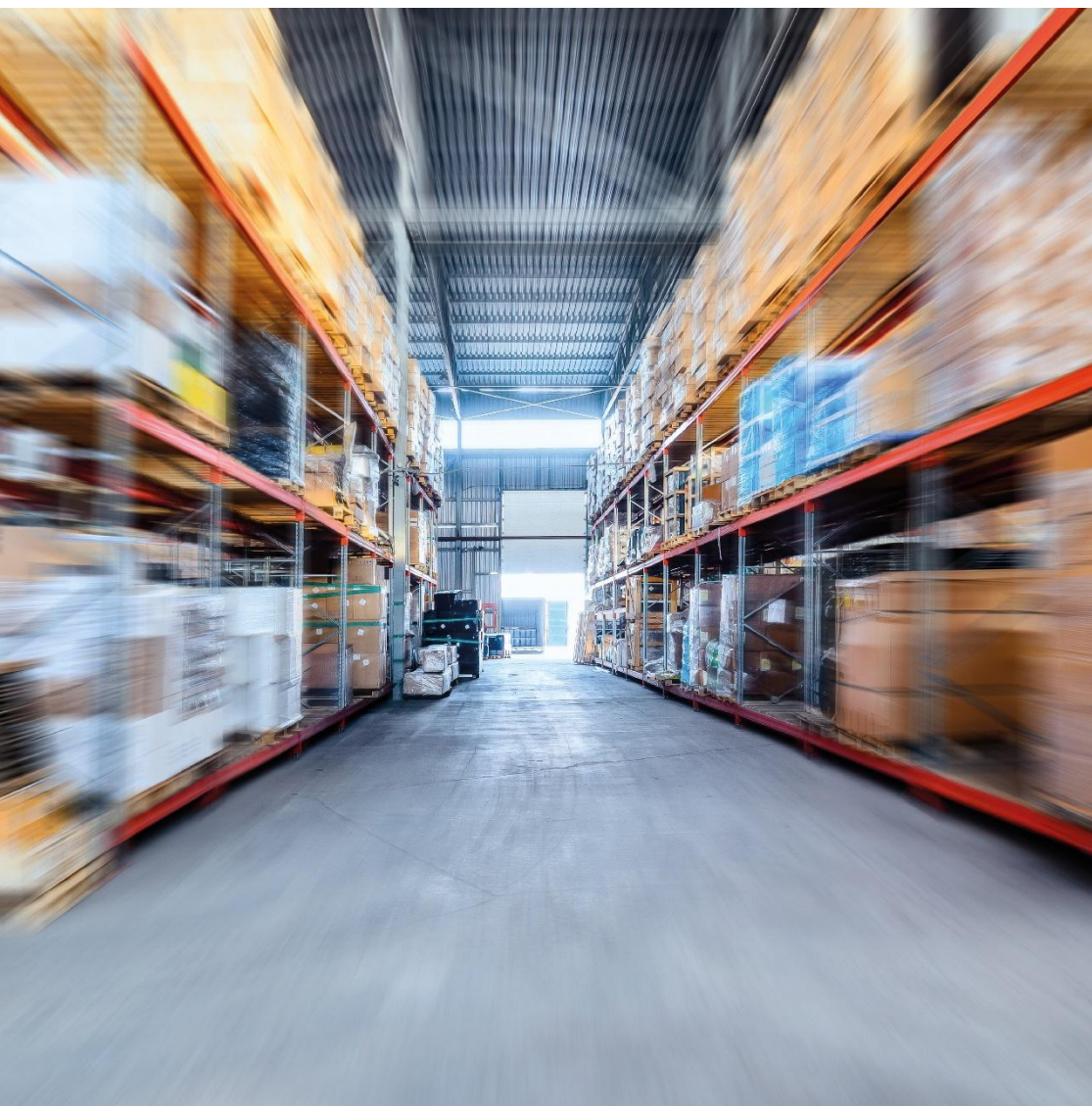


# trends & analysen großhandel

Januar 2026



# trends & analysen großhandel bayern

Die Stimmung im Großhandel in Bayern bleibt stabil, aber schlecht. Eine wirkliche Dynamisierung im Großhandel zeichnet sich nicht ab. Allenfalls kann von einer Konsolidierung auf niedrigem Niveau gesprochen werden. Die schwierige wirtschaftliche Lage in Verbindung mit den vielfältigen Herausforderungen aus den geopolitischen Unsicherheiten und den Standortschwächen belasten die Unternehmen. Dies sind zusammenfassend die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage des LGAD gemeinsam mit dem BGA zur wirtschaftlichen Lage und den weiteren Perspektiven im Großhandel in Bayern zum Jahreswechsel 2025/26.

Die Umsätze im Großhandel in Bayern lagen nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik in den ersten zehn Monaten des Jahres 2025 um 1,4 Prozent nominal und 1,3 Prozent real leicht über dem Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten sank dagegen um 0,7 Prozent auf 231.000. Nach Berechnungen des LGAD und BGA auf Grundlage der Daten des Statistischen Bundesamtes und des Bayerischen Landesamtes für Statistik fiel der Gesamtumsatz auf rund 312 Milliarden Euro.

Während der Konsumgütergroßhandel jedoch um nominal +4,5 Prozent und real +2,7 Prozent weiter zulegen konnte, sanken die Umsätze im Produktionsverbundhandel im vierten Jahr in Folge – nominal um -1,2 Prozent. Dazu musste real 0,4 Prozent mehr verkauft werden.

Die Beschäftigung im Großhandel in Bayern ist insgesamt weiter rückläufig: Im Konsumgütergroßhandel nahm sie um -0,1 Prozent ab, im Produktionsverbundhandel sogar um -1,6 Prozent. Diese Entwicklung zentraler Kennziffern spiegelt die weiterhin angespannte Lage und die deutlich gedrückte Stimmung im Großhandel in Bayern. Sie deuten zudem kaum auf wesentliche, schnelle Besserung.

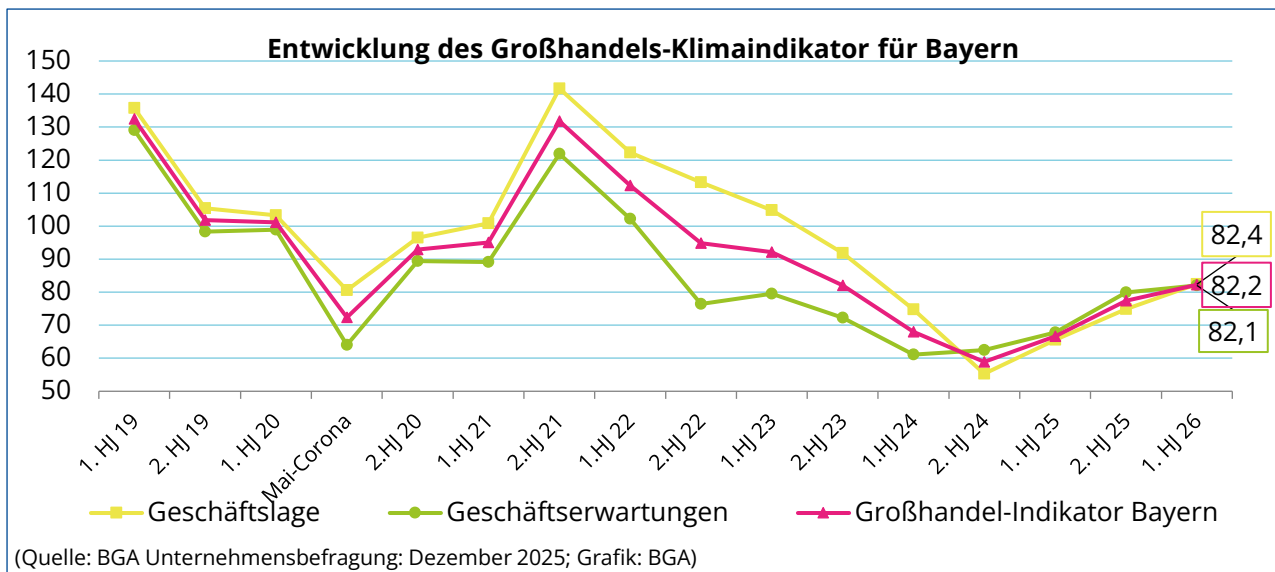
Die Umfrage zeigt zudem deutlich, dass sich die Schwächen des Wirtschaftsstandortes Deutschland zunehmend bemerkbar machen und die Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Die Politik muss daher nach Auffassung des LGAD die rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland attraktiver gestalten sowie Kostenbelastungen und Bürokratie effektiv abbauen.

Der Klimaindikator ergibt sich aus der aktuellen Lagebewertung und den künftigen Erwartungen der Großhändler in Bayern. Er basiert auf der Unternehmensumfrage des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) und des Landesverbandes Bayern (LGAD) zum Jahreswechsel 2025/26. Ein Wert über 100 Punkte weist auf ein positives, ein Wert unter 100 Punkte auf ein negatives Stimmungsbild hin.

## konsolidierung auf niedrigem niveau

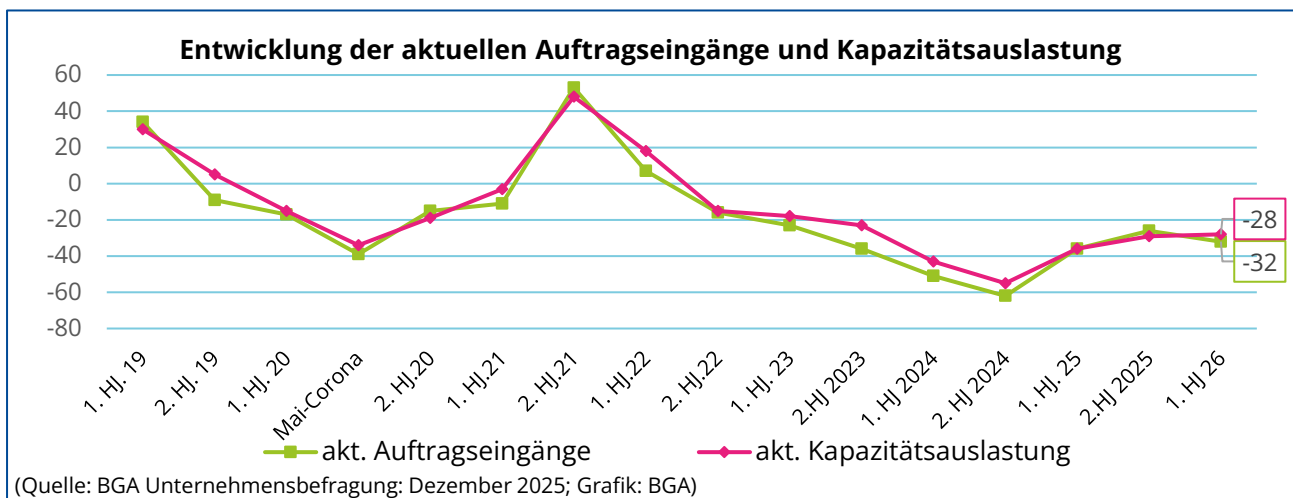
Der Klimaindikator für den Großhandel in Bayern zeigt eine Seitwärtsbewegung. Gegenüber der Stimmung aus der Umfrage vom Sommer 2025 kann allenfalls von einer Stabilisierung auf schwachem Niveau gesprochen werden. Der Indikator steigt von 77,4 Punkten auf einen Wert von 82,2 Punkten, liegt aber immer noch unter

dem Niveau von vor zwei Jahren im Sommer 2023. Allerdings liegt er deutlich über dem Bundesdurchschnitt, der 70,6 Punkte beträgt. Wie im Bund bleibt die Stimmung bei den Großhändlern in Bayern insgesamt sehr verhalten. Eine konjunkturelle Erholung zeichnet sich nach Einschätzung des LGAD kurzfristig nicht ab.



Die aktuelle Lagebewertung wird mit nun 82,4 Punkten um knapp acht Punkte besser bewertet als noch vor einem halben Jahr. Der Wert spiegelt aber weiterhin eine deutlich negative Bewertung. Die Lage damit auch deutlich besser bewertet als im Bundesdurchschnitt,

dessen Wert 67,2 Punkte beträgt. Die Geschäftserwartungen haben sich allerdings geringfügig um zwei Punkte auf 82,1 Punkte verbessert. Auch dieser Wert liegt über dem Bundesdurchschnitt, der 73,9 Punkte beträgt.



Die Bewertungen von Auftragseingängen und Kapazitätsauslastung haben sich im Vergleich zur Umfrage vom Sommer 2025 verbessert. Der Saldo aus positiven und negativen Bewertungen der aktuellen Kapazitätsauslastung und Auftragslage beträgt nun -28 bzw. -32 Punkte. Damit liegen die Werte über dem Bundesdurchschnitt (-39 bzw. -29 Punkte).

Auf Grund der insgesamt weiter schwachen Auftragslage und Kapazitätsauslastung halten sich die Großhändler auch in Bayern mit Investitionen zurück. Nur 3 Prozent wollen im ersten

Halbjahr 2026 ihre Investitionen ausweiten, 45 Prozent dagegen senken. Wird investiert, dominieren Ersatzinvestitionen und Rationalisierung (80 Prozent der investierenden Unternehmen). Die Ursachen für die Zurückhaltung liegen insbesondere in der geringen Nachfrage und den aus Sicht der Unternehmen wenig attraktiven wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Investitionen. Die schwierige Geschäftslage aus sinkenden Umsätzen bei hoher Belastung mit Kosten und Bürokratie erhöht in vielen Unternehmen den Druck auf die Beschäftigung. 27

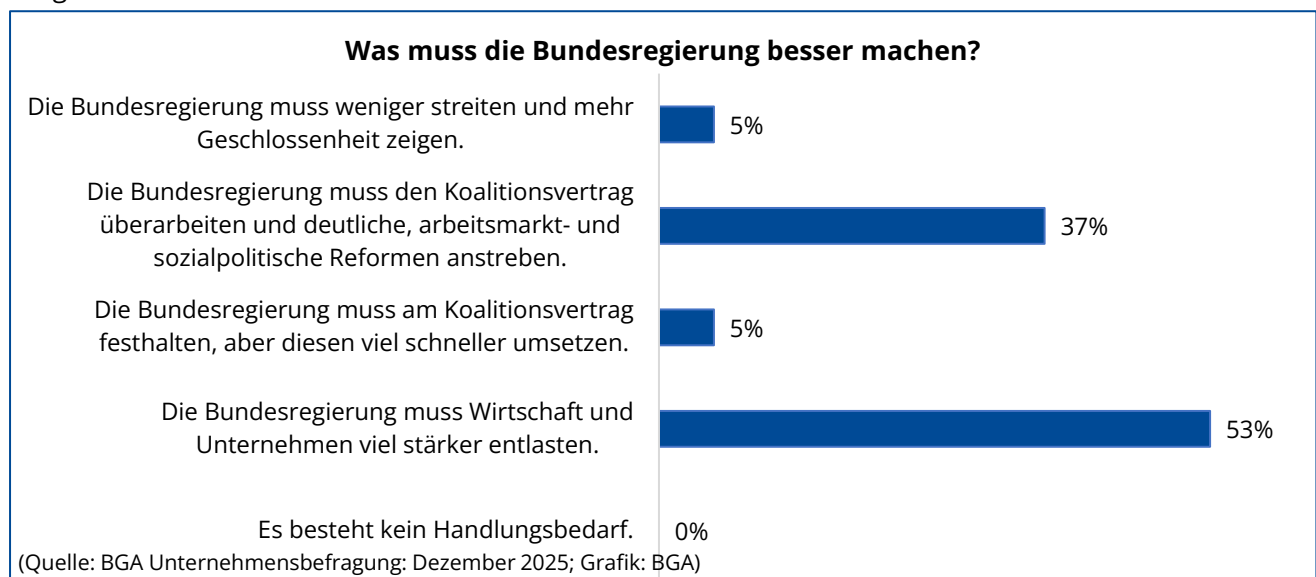
Prozent wollen ihre Beschäftigung reduzieren, aber nur 17 Prozent erhöhen. Selbst in der Ausbildung junger Menschen zeigt sich zunehmende Zurückhaltung. Nur noch 58 Prozent wollen neue Auszubildende einstellen. 6 Prozentpunkte weniger als noch vor einem Jahr.

Diese Entwicklung wesentlicher Kennziffern deutet aktuell eher auf eine Konsolidierung in den Unternehmen auf schwachem Niveau.

## politische handlungsempfehlungen

Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel 2025/2026 weiter in wirtschaftlich schwierigem Fahrwasser. Im Sommer 2025 hatten die Unternehmen noch die Erwartung, dass die neue Bundesregierung schnell und wirksam Reformen auf den Weg bringt, die die Unternehmen von Kosten entlastet und Bürokratie abbaut. Kosten- und Wettbewerbsdruck lasten schwer auf den Unternehmen, angesichts des global schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und der vielfältigen strukturellen Herausforderungen.

Entsprechend enttäuscht zeigen sich die Unternehmen im Großhandel zum Jahreswechsel 2025/2026 mit Blick auf die politischen Weichenstellungen, auch wenn berücksichtigt werden muss, dass die neue Regierung erst ein drei Viertel Jahr im Amt ist. Würden Noten für die Arbeit der Bundesregierung vergeben, wäre die Versetzung gefährdet. Da es sich aber dann nur um ein Zwischenzeugnis handelt, hat die Bundesregierung noch Zeit, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.



Voraussetzung ist aber, dass sie die Erwartungen der Unternehmen, strukturell auch im Mittelstand und sektoral auch im Großhandel ernst nimmt, als die ersten Monate gezeigt haben. Im Großhandel besteht Einigkeit, dass

dringender Handlungsbedarf besteht. Die klare Mehrheit der Großhändler in Bayern erwartet weiterhin konkrete Entlastungen, ergänzt um deutliche, vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen.

Die Prioritäten die die Unternehmen im Großhandel in Bayern von der Politik erwarten, sind klar. Entlastungen bei den Arbeitskosten sowie Rechtsvereinfachungen und Deregulierung in

allen Bereichen steht ganz oben. 71 bzw. 64 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Großhändler in Bayern geben dies an. Maßnahmen zur Deregulierung und bessere



Rahmensetzung auf EU-Ebene und die Senkung der Energiekosten für alle Unternehmen folgen mit 41 bzw. 47 Prozent als weitere wichtige Prioritäten.

Die Unternehmen brauchen wieder mehr Freiraum für die Entwicklung ihres Unternehmens und weniger staatliche Einengung durch überzogene Regelungen, wie dies am Beispiel der ESG-Gesetze deutlich wird. Nicht nur, dass nur 18 Prozent in Bayern hinter der Zielsetzung als Priorität stehen, sondern sie plädieren ausdrücklich für weniger staatliche Steuerung und

mehr Eigenverantwortung bei Umwelt- und Klimaschutz für Unternehmen.

Aus Sicht des LGAD muss es der Politik gelingen, angesichts der im internationalen Vergleich hohen Kostenbelastungen wieder Anschluss an die Wettbewerber zu gewinnen und die Regulatorik zu reduzieren. Es müssen wieder mehr Kapazitäten für die Zukunftssicherung in Investitionen und Innovationen anstelle für die überzogene Erfüllung von Berichtspflichten, Dokumentationen und Aufzeichnungen frei werden.

### Welchen Impuls muss die Bundesregierung in 2026 setzen



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung: Dezember 2025; Grafik: BGA)

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach Regierungsantritt mit dem Sofortprogramm die Initiative ergriffen, und sich zum Ziel gesetzt die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Hierzu hat sie ein steuerliches Investitionssofortprogramm auf den Weg gebracht, das Bundestag und Bundesrat noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2025 verabschiedet haben. Im Mittelpunkt steht der sog. Investitions-Booster mit der verbesserten degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Diese soll Investitionen anschieben und gilt für Anschaffungen und Herstellung von entsprechenden Wirtschaftsgütern bis zum 31. Dezember 2027. Dann schließen sich die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 15

auf 10 Prozent und der Thesaurierungsbesteuerung auf 25 Prozent in mehreren Schritten bis 2032 an. Die Impulse gehen jedoch an den Unternehmen des Großhandels weitgehend vorbei. Nur jeder siebte Großhändler in Bayern sieht darin für sein Unternehmen einen Investitionsanreiz.

Die Großhändler sehen daher weit überwiegend weiteren Handlungsbedarf (99 Prozent). 18 Prozent der Großhändler sprechen sich prioritär dafür aus, die Senkungen des Körperschaftsteuersatzes und der Thesaurierungsbelastung vorzuziehen. Der überwiegende Teil plädiert jedoch für strukturelle Vereinfachungen in der Unternehmensbesteuerung (32 Prozent) und für die Reduzierung von

administrativen Belastungen aus der Erhebung, Abführung und Prüfung von Steuern (16 Prozent). Der BGA setzt sich vor diesem Hintergrund für Vereinfachungen bei Umwandlungen, der Thesaurierungsbegünstigung und der Körperschaftsteueroption ein.

Perspektivisch unterstützen die Großhändler in Bayern auch die Zielsetzung der von der Bundesregierung angekündigten

Einkommensteuertarifreform. Allerdings erwarten sie, dass auch kleine und mittlere Unternehmen einbezogen werden (18 Prozent) und dabei auf neue steuerliche Belastungen an der Stelle zu verzichtet wird. Sie lehnen insbesondere ein Drehen am Einkommensteuertarif, was kleine und mittlere Unternehmen und auch Fachkräfte belasten würde, und Verschärfungen bei der Erbschaftsteuer ab.



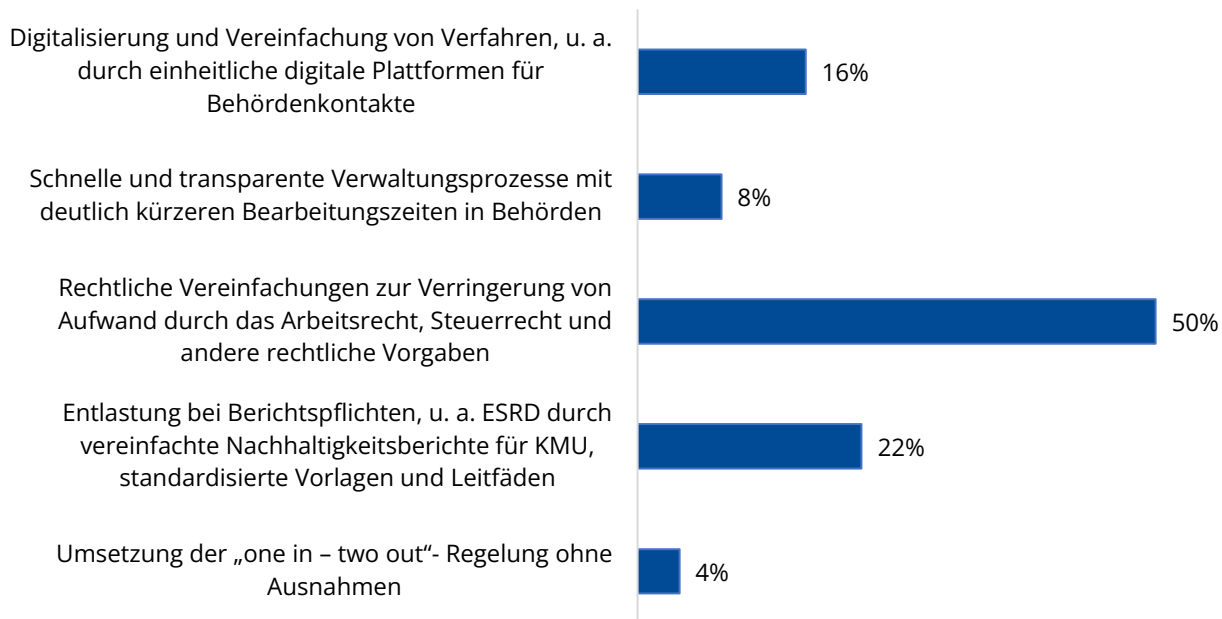
Die Kosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Großhändler erheblich. Bei schwächelnden Umsätzen werden inzwischen nicht nur Investitionen zurückgestellt, sondern rücken auch die Belastungen mit Bürokratie stärker in den Mittelpunkt. Diese erweist sich als eine besondere Hürde für Investitionen und Modernisierung. Drei von vier Unternehmen in Bayern halten die bürokratischen Belastungen für unverhältnismäßig hoch. Für etwas weniger als jeden vierten Großhändler sind die Kosten aus Bürokratie gerade noch tragbar und nur ein Prozent kommt mit der Bürokratie klar.

Der Abbau von Bürokratie, Rechtsvereinfachungen und Deregulierung haben daher für die Großhändler in Bayern hohe Priorität. Jeder zweite Großhändler sieht den Hauptansatzpunkt in der Vereinfachung zur Verringerung von Aufwand durch das Arbeitsrecht, Steuerrecht und andere rechtliche Vorgaben. Hierzu

hat der LGAD in Zusammenarbeit mit dem BGA wie auch viele weitere Wirtschaftsverbände bereits viele Vorschläge vorgebracht. Die Bürokratieentlastungsgesetze haben bislang jedoch für die Breite keine Entlastung gebracht. Weitere Maßnahmen in allen Rechtsbereichen sind erforderlich. Das Steuerrecht darf dabei nicht tabuisiert werden.

Auch die Berichtspflichten aus der ESG-Gesetzgebung erweisen sich als Kostenbelastung und Wachstumsbremse. 22 Prozent der Großhändler erwarten eine Reduzierung der Bürokratie durch vereinfachte Nachhaltigkeitsberichte für KMU und standardisierte Vorlagen und Leitfäden. An dritter Stelle stehen für die Großhändler Erleichterungen durch die verstärkte Nutzung der Chancen der Digitalisierung vor allem in der staatlichen Verwaltung, u. a. für Behördenkontakte (16 Prozent).

### Was wäre aus Sicht Ihres Unternehmens erforderlich um den bürokratischen Aufwand zu reduzieren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung; Dezember 2025; Grafik: BGA)

Die Energiekosten sind ebenfalls eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit. Im internationalen Vergleich steht Deutschland 2025 an der Spitze. Für den weit überwiegenden Teil der Großhändler sind die Energiekosten eine Herausforderung (88 Prozent). Die Bundesregierung hat die Problematik erkannt und daher im Koalitionsvertrag eine Absenkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestmaß versprochen.

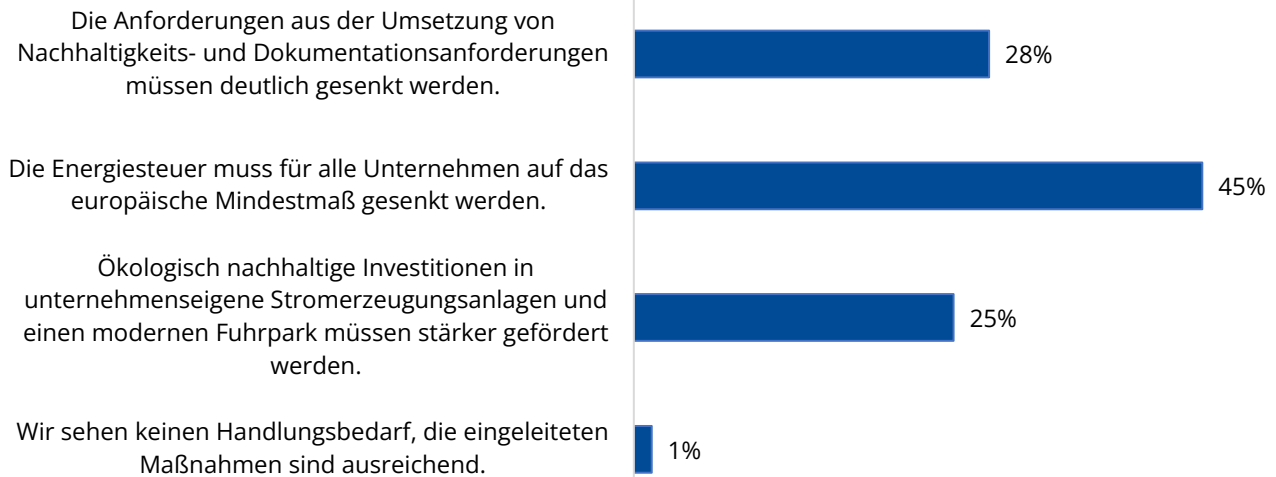
Dieses Versprechen hat sie jedoch wieder eingekassiert und die Absenkung auf Industrie und Landwirtschaft ausgerichtet, was zu Unmut im Großhandel führt. Für nur ein Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Großhändler aus Bayern sind die Energiekosten in jüngster Vergangenheit gesunken, 11 Prozent haben die Energiekosten in Griff. Für 42 Prozent sind sie gerade noch tragbar, für 46 Prozent der Großhändler in Bayern sind sich jedoch übermäßig hoch. Aus Sicht der Großhändler ist es deshalb auch erforderlich, die Energiesteuer für alle

Unternehmen auf das europäische Mindestmaß – und damit auch für Groß- und Außenhändler und B2B-Dienstleister - zu senken. Dies erwartet fast jeder zweite Großhändler in Bayern.

Für etwas mehr als jeden vierten Großhändler müssen die Anforderungen aus der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Dokumentationsanforderungen gesenkt werden. Hierzu sind erste Schritte auf europäischer Ebene bereits eingeleitet und müssten auf nationaler Ebene umgesetzt und zu spürbaren Erleichterungen für KMU führen. Ebenfalls jeder vierte Großhändler plädiert dafür, die ökologische Transformation in den Unternehmen durch unternehmenseigene Stromerzeugungsanlagen und einen CO<sub>2</sub>-modernen Fuhrpark zu unterstützen.

52 Prozent der Großhändler haben begonnen, ihre Fahrzeugflotte auf E-Fahrzeuge oder andere alternative Antriebe umzustellen. Für nur 1 Prozent sind die bisher eingeleiteten Maßnahmen ausreichend.

### Was wäre aus Sicht Ihres Unternehmens erforderlich, um Kosten für Energie und Mobilität zu reduzieren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung: Dezember 2025; Grafik: BGA)

Nach der aktuellen Konjunkturumfrage halten sich die Unternehmen im Großhandel angesichts der schwierigen Ertrags- und Umsatzlage mit Investitionen insgesamt zurück. Vielfach monieren sie, dass ihre Kapazitäten ausreichen und sie daher allenfalls in den Erhalt und Rationalisierungen investieren.

Wenn sie investieren, tun sie dies in die digitale Zukunft des Unternehmens. 2026 wollen 70 Prozent der Unternehmen in Bayern in die IT-Struktur investieren. Die Modernisierung der IT-Infrastruktur in den Unternehmen sollte vom Staat attraktiv und einfach gefördert werden.

Hierfür plädieren 38 Prozent der befragten Großhändler in Bayern.

Sie erwarten jedoch auch vom Staat eine Modernisierung seiner Leistungen. Allem voran halten sie eine digitale Verwaltung für erforderlich, die wirklich funktioniert und somit die digitale Kommunikation mit den staatlichen Institutionen auf allen staatlichen Ebenen funktionsfähig und verlässlich ermöglicht. Auch muss eine einzige Anlaufstelle (One-Stop-Shop) für alle bürokratischen Pflichten aus Sicht der Unternehmen geschaffen werden. Für die Mehrheit – 51 Prozent – besteht hierbei erheblicher Nachholbedarf.

### Was muss im Bereich Digitalpolitik passieren, damit Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung: Dezember 2025; Grafik: BGA)

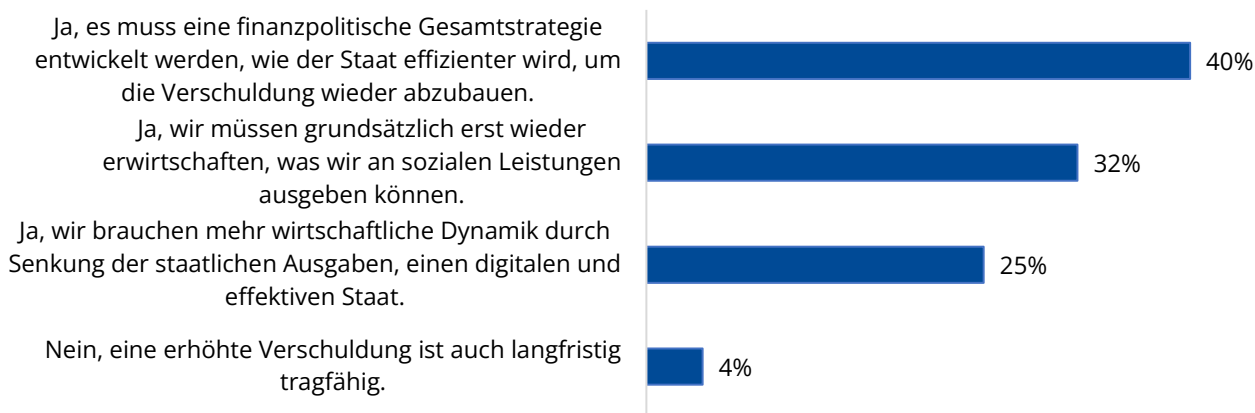


Die Unternehmen tragen nach der Konjunkturumfrage vom Sommer 2025 die Entscheidung der Koalition aus CDU, CSU und SPD sowie der Bundesregierung mit, für die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und die Modernisierung der Infrastruktur die Verschuldung deutlich auszuweiten.

Allerdings halten nur 4 Prozent der Großhändler in Bayern eine erhöhte Verschuldung langfristig für tragfähig. Der weit überwiegende Teil

hält dagegen politischen Handlungsbedarf mittelfristig für erforderlich. 40 Prozent plädieren dafür, eine finanzpolitische Gesamtstrategie zu entwickeln, die den Staat effizienter macht. Weitere 32 Prozent plädieren dafür, dass der Grundsatz „Wir müssen erst erwirtschaften, was wir an sozialen Leistungen ausgeben können“, in der Finanz- und Haushaltspolitik wieder eingehalten wird. Ein Viertel setzt auf mehr Dynamik durch die Senkung der staatlichen Ausgaben und einen digitalen, effektiven Staat.

### Sehen Sie angesichts der deutlichen Ausweitung der Verschuldung mittelfristig politischen Handlungsbedarf?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung; Dezember 2025; Grafik: BGA)

Der LGAD sieht sich durch die Umfrage darin bestätigt, dass es angesichts der geopolitischen Herausforderungen, der schwierigen wirtschaftlichen Situation und des strukturellen Wandels nicht um Steuererhöhungen gehen kann, sondern um die Überprüfung der Ausgaben. Es müssen Investitionsanreize für Unternehmen, Leistungsanreize für Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer gesetzt und der Staat auf mehr Effizienz und wieder mehr Sparsamkeit ausgerichtet werden. Neben einer Überprüfung von Subventionen dürfen auch die umfangreichen sozialen Leistungen nicht tabuisiert werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen langfristig tragfähig bleiben. Ohne Reformen wird dies nicht gelingen.

**Bundesverband Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Am Weidendamm 1A  
10117 Berlin  
Telefon: 030 59 00 99 570  
EMail: info@bga.de

**Ansprechpartner:**

**Michael Alber**

Geschäftsführer  
Volkswirtschaft und Finanzen  
michael.alber@bga.de

**Johannes Golgath**

Volkswirtschaft und Finanzen  
johannes.golgath@bga.de

**Landesverband Bayern  
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Max-Joseph-Straße 5  
80333 München  
Telefon: 089 54 59 37-0  
Email: info@lgad.de